



Donnerstag, 24. März 2022, 17:00 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Die Privatisierung der Weltpolitik

Der repressive Überwachungsstaat kennt kein Halten mehr und sichert sich unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes mit entsprechenden Verträgen ab.

von Christine Wicht
Foto: Michel Passet/Shutterstock.com

Es findet weitgehend unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit statt, und doch kann es unser aller Leben stärker beeinflussen als die meisten Themen, die derzeit quasi „offiziell“ wichtig sind. Am 1. Dezember 2021 vereinbarten die 194 Mitglieder der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) die Aushandlung eines internationalen Übereinkommens zur Stärkung der Pandemieprävention, das völkerrechtlich bindend sein soll. Schon im August 2022 soll ein Entwurf vorliegen,

der 2023 der WHO-Generalversammlung gezeigt und im Jahr 2024 verabschiedet werden soll (1). Als Folge werden internationale politische Organisationen wie die UNO eng mit transnationalen Konzernen verzahnt sein. Nicht der Kontrolle des Privaten durch die Sphäre der Politik dürfte diese Veränderung jedoch dienen – umgekehrt werden Verträge wie der Global Compact als Einfallstor für die Interessen der Konzerne fungieren. Noch können wir alle mithelfen, um diese verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten.

Die Pandemie-Branche positioniert sich global – Totalitäre Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit

Dieses Abkommen wird vordergründig mit der Argumentation vorangetrieben, allen Ländern den Ausbau ihrer Gesundheitssysteme zu ermöglichen und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Pandemien zu stärken. Das eigentliche Ziel aber ist eine umfassende Weisungsbefugnis der WHO gegenüber den Mitgliedsstaaten. Die WHO ist die Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Gesundheit mit Sitz in Genf und steht in engem wirtschaftlichen Kontakt zu Pharmaunternehmen. Mit diesem Abkommen könnte die WHO Impfpflichten und andere restriktive Maßnahmen oder Notstandsregelungen, wie beispielsweise Reisebeschränkungen oder Kontaktsperren, auf nationaler und internationaler Ebene an den nationalen Parlamenten vorbei durchsetzen.

Etliche Organisationen, wie die Wissenschaftliche Initiative

„Gesundheit für Österreich“, warnen vor dem geplanten WHO-„Pandemievertrag“, der letztlich die Demokratie aushebeln und der internationalen Organisation eine unglaubliche Macht verleihen würde. „Tritt dieses geplante Abkommen also in Kraft, könnte die WHO nicht nur aufgrund eines mäßig gefährlichen Virus eine Pandemie ausrufen und der ganzen Welt strenge Maßnahmen vorschreiben. Sie könnte allen Mitgliedsstaaten auch bei jeder beliebigen Infektionskrankheit eine Impfpflicht verordnen.“

Impfstoffhersteller – die zum Teil auch die WHO finanzieren – hätten wohl nichts dagegen ... Die WHO ist nicht demokratisch legitimiert und alles andere als unabhängig: Zum größten Teil finanziert sie sich über Spenden von Stiftungen wie beispielsweise der Bill & Melina Gates-Foundation und von Unternehmen der Pharmaindustrie. (2).

Mit dem am 31. Januar 1999 von Kofi Annan auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorgeschlagenen und im Jahr 2000 ins Leben gerufenen Global Compact wurde eine Kooperation der Vereinten Nationen mit transnationalen Konzernen angestrebt, die auf diese Weise verstärkt in die Arbeit der Vereinten Nationen einbezogen werden sollen – mit dem Bestreben, im Rahmen dieser Partnerschaft weltweit Fortschritte im Sinne der erklärten Prinzipien des Vertrages zu erzielen.

Der Global Compact stellt sich jedoch mehr und mehr nicht als ein Instrument der politischen Einflussnahme der Vereinten Nationen heraus, sondern gerade umgekehrt setzen sich die Vereinten Nationen aufgrund dieser Partnerschaft der Gefahr einer schleichenden Strukturveränderung aus:

Bislang war die UNO eine (politische) Organisation der Regierungen von Nationalstaaten mit der Funktion, transnationale, weltweite Interessen zum Ausgleich zu bringen und einen Beitrag zum Frieden

in der Welt zu leisten. Damit übt die UNO eine den einzelnen Staaten übergeordnete Kontrolle über friedliches Zusammenleben der Völker, weltweite Schonung der Umwelt und die Einhaltung der Menschenrechte aus, jedenfalls solange die Nationalstaaten die Verbindlichkeit der politischen Vorgaben der UN anerkennen beziehungsweise die Völkergemeinschaft Verstöße politisch sanktioniert.

Mit dem Global Compact werden hingegen die transnationalen Konzerne – also nichtpolitische, sondern wirtschaftliche Institutionen – zu Partnern der UNO. Dadurch bekommen die transnationalen Konzerne – parallel zu und neben den Mitgliedstaaten – auf internationaler Ebene ein anderes Gewicht. Ein Teil der Macht der Staaten wird zugunsten des Einflusses der Wirtschaft verschoben. So entsteht nicht nur ein näherer Kontakt zwischen UNO und privaten Unternehmen, sondern der Global Compact ist inzwischen gewissermaßen zu einem (politischen) Spielfeld der transnationalen Konzerne geworden.

Mit dem Global Compact sind die Vereinten Nationen nicht nur zu einem Einfallstor der Konzerne geworden, sondern dieser führt zu einer Privatisierung der Weltpolitik.

Die Grundidee der Vereinten Nationen ist damit ad absurdum geführt. Die rasant voranschreitende Globalisierung ist untrennbar geworden von der Dominanz und dem Einfluss privater Unternehmen und ihrer Lobbyverbände auf weite Politikbereiche. In Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern und Beratern üben Wirtschaftsvertreter erheblichen Einfluss auf supranationale Gesetze und völkerrechtliche Verträge aus – wie zum Beispiel in der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO), aber auch in der Europäischen Union (EU) –, die grenzenloses Expandieren, Produktionsverlagerungen und ein Umgehen der Standards ihrer Herkunftsländer ohne Weiteres

ermöglichen.

Aufgrund des zunehmenden Einflusses der Konzerne hat sich eine ökologische und soziale Abwärtsspirale entwickelt, die sich Unternehmen zu Nutze machen und von der sie erheblich profitieren. Mit dieser Entwicklung ist eine schleichende Entdemokratisierung der nationalen Politikgestaltung verbunden, und die Interessen der Bürger bleiben hinter den Interessen der weltweit agierenden Wirtschaft weit zurück. Die Weltgesundheitsorganisation ist zu einer supranationalen Organisation geworden, die von wirtschaftlichen Interessen dominiert ist und fernab von demokratischer Kontrolle intransparent agiert.

Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung hält übrigens auch Anteile an Coca-Cola und McDonald's. Wie passt das zusammen mit der Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation? Würde diesen Philanthropen wirklich etwas an der Gesundheit der Menschheit liegen, würden sie nicht in Softdrinks und Fastfood investieren. Bill Gates treibt auch den Anbau genmanipulierten Saatguts voran, was ebenfalls nicht unbedingt gesundheitsförderlich ist. Es scheint so, als sei er eher daran interessiert, die Weltpolitik in seinem Interesse zu leiten, als sich dem demokratischen Willen des Volkes unterzuordnen.

Zu befürchten ist, dass die gesamte Welt künftig durch die WHO in einem ständigen Pandemiedauermodus gehalten werden soll.

Ein solcher Pandemiedauerzustand zeichnet sich bereits in Österreich und in Deutschland ab. In Österreich wurde am 9. März 2022 die Impfpflicht gegen das Coronavirus vorerst für drei Monate ausgesetzt, da sie angesichts der vorherrschenden Omikron-Variante „nicht verhältnismäßig“ sei, so die Begründung der Verfassungsministerin. Diese Politik ähnelt dem Mühlespiel, in dem

der Gegner eine Mühle vorbereitet, in die er nur einen Stein zu setzen braucht – und flugs ist die Falle zugeschnappt. Auf diese Weise sollen die Bürger den Eindruck haben, dass die Impfpflicht aufgegeben wurde, doch die Reaktivierung ist jederzeit möglich.

In Deutschland wird die gesetzliche Grundlage für den Corona-Ausnahmestand am 20. März aufgehoben, aber mittels einer sogenannten Hotspot-Regelung für die Länder sollen „gewisse Basismaßnahmen“ auch weiterhin gelten, so kündigte es Gesundheitsminister Karl Lauterbach an. „Alles öffnen ist natürlich nicht vorgesehen.“ Die Regelung ermöglicht den Ländern, durch Landtagsbeschlüsse einschränkende Maßnahmen für die Hotspots durchzusetzen, die lediglich einen Stadtteil, eine Stadt oder auch ein ganzes Bundesland umfassen können. Damit erhalten die Bundesländer weitreichende Machtbefugnisse, und der Bundestag bleibt außen vor.

Mit dieser Hotspot-Regelung hat die Bundesregierung schon das WHO-Abkommen vorweggenommen: Der Panik- und Ausnahmestand kann jederzeit reaktiviert und nach Belieben fortgesetzt werden.

Überwachung und Kontrolle werden in dem geplanten Pandemie-WHO-Abkommen ebenfalls verankert

Die Mitgliedsstaaten werden verpflichtet, Impfreister, Gesundheitsdatenbanken und dergleichen mehr zu erstellen, um der „Bedrohung der öffentlichen Gesundheit“ adäquat zu begegnen. Alle Daten sollen global erfasst und ausgetauscht werden können. Das „technische Rahmenwerk“, das die Mitgliedstaaten für die digitalen Impfbefreiungen benötigen, ist die sogenannte Smart Health Card. Auf dieser „smarten“ Gesundheitskarte sollen neben den

maschinenlesbaren QR-Codes der Impfnachweise auch alle Gesundheitsdaten und Krankenakten gespeichert werden, womit eine umfassende Überwachung aller gesundheitsbezogenen Daten und möglicherweise auch anderer Daten gewährleistet ist. (3) Dadurch wird die elektronische Gesundheitskarte auf globaler Ebene etabliert.

Den Zuschlag für dieses lukrative Geschäft in Deutschland erhielt die Telekom-Tochtergesellschaft T-Systems, die bei der digitalen Impferfassung eine wesentliche Rolle spielt und bereits zusammen mit SAP die Corona-Warn-App zur Eindämmung der Corona-Infektionsketten entwickelt hat – und das zu sündhaft hohen steuerfinanzierten Kosten, die vom damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn zu verantworten waren. Die deutsche Corona-Warn-App als hiesige Tracing-App fiel am Ende mit 130 Millionen Euro im europäischen Vergleich extrem überteuert aus. (4) Das ist ein sinnloses Verprassen unserer Steuergelder ohne öffentliche Debatte.

Was hat die Impfpflicht mit der Steueridentifikationsnummer zu tun?

Um auch den Impfstatus von Menschen zu erfassen, die kein Smartphone nutzen, wird an einer staatlichen Datenbank gestrickt, die zur Umsetzung einer allgemeinen Impfpflicht benötigt wird.

Um diese Datenbank zu ermöglichen, kam die Idee auf, die Daten der Steueridentifikationsnummern zu nutzen. Diese zusätzliche Nutzung hat der Bundestag bereits am 28. Januar 2021 mit dem sogenannten Registermodernisierungsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz wird der Onlinezugang relevanter Daten der Verwaltungsregister durch die persönliche Steueridentifikationsnummer verankert. Damit wird gewährleistet,

„dass Basisdaten natürlicher Personen von einer dafür verantwortlichen Stelle auf Inkonsistenzen geprüft, verlässlich gepflegt, aktualisiert und bereitgestellt werden“. Zur eindeutigen Zuordnung in diesen Registern soll die Steueridentifikationsnummer als „einheitliches, nicht-sprechendes Identifikationsmerkmal“ verwendet werden. „Für die Transparenz wird ein „Datencockpit“ aufgebaut, das eine einfache und zeitnahe Übersicht über zwischen Behörden vorgenommenen Datenübermittlungen ermöglicht“ (6). Mit dieser Form der umfassenden Datenerfassung und des Datenaustauschs wird ein perfektes totalitäres Überwachungs- und Kontrollsystem geschaffen.

Beängstigend ist, dass all diese einschneidenden Eingriffe in unser Privatleben auf nationaler und globaler Ebene, die schon fast perfektioniert sind, kaum öffentlich debattiert werden. Die Mainstream-Medien listen akribisch alle Infizierten-Zahlen sowie die Belegung der Intensivstationen auf, hämmern uns tagtäglich die Notwendigkeit des Impfens ein, ohne darauf einzugehen, dass die Impferei nicht vor Ansteckung schützt und deren Nebenwirkungen nicht offengelegt und benannt werden. Ganz im Gegenteil – wer über Nebenwirkungen berichtet, wird diskreditiert.

Die vor dem Virus erzeugte Angst mittels Dauerberieselung der Mainstream-Medien hat die Mehrheit der Menschen in eine Schockstarre und in einen unterwürfigen Gehorsamsmodus versetzt, sodass auch die absurdesten Maßnahmen wie zum Beispiel das Absperren der Kinderspielplätze, Parkbanknutzungsverbote oder nächtliches Ausgehverbot – als sei das Virus nachtaktiv – ohne großen Protest widerstandslos akzeptiert und befolgt wurden.

Aldous Huxley hat das in seinem Buch „Schöne Neue Welt“ folgendermaßen vorausgesagt:

„Die perfekte Diktatur wird den Anschein einer Demokratie haben, wie ein Gefängnis ohne Mauern wirken, in dem die Gefangenen nicht

einmal davon träumen auszubrechen.“

Trotzdem ist zu hoffen, dass der Protest in der Bevölkerung gegen diesen Überwachungs- und Kontrollwahnsinn und gegen die Impfpflicht wächst, um diese dystopischen Maßnahmen zu verhindern. In diesem Sinn ist es sehr zu begrüßen, dass sich kürzlich die Gewerkschaft der Polizei gegen eine berufsbezogene Impfpflicht für Polizisten und Angestellte in Ordnungsämtern ausgesprochen hat. (6)

In Kanada wurde die berufsbezogene Impfpflicht leise wieder zurückgenommen, weil ein Zusammenbruch der Krankenhausversorgung aufgrund fehlender Ärzte und Ärztinnen sowie Pfleger und Krankenschwestern drohte.

Der Skandal der Impfnebenwirkungen – Kartell des Schweigens

Während es in den Mainstream-Medien kaum Berichte über gesundheitliche Nebenwirkungen der Impfungen gibt, sind viele Informationen darüber auf der Webseite des Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) und in den alternativen Medien zu finden. Mit seinem Brief im Februar 2022 an das Paul-Ehrlich-Institut und weitere Adressaten – GKV-Spitzenverband, Bundesärztekammer, Kassenärztliche Bundesvereinigung, Ständige Impfkommission, BKK Dachverband – hat sich der Vorstand der Betriebskrankenkasse Pro Vita (BKK), Andreas Schöpfbeck, weit vorgewagt. In dem Brief weist Schöpfbeck das Paul-Ehrlich-Institut auf Daten hin, „die Grund zu der Annahme geben, dass es eine sehr erhebliche Untererfassung von Verdachtsfällen für Impfnebenwirkungen nach Corona-Impfungen gibt“. (7) Als Reaktion darauf wurde Andreas Schöpfbeck am 1. März fristlos gekündigt. Diese Kündigung soll sicherlich andere davon abschrecken, die

Kreise des skrupellosen Schweigekartells von Pharmaindustrie, RKI und anderen assoziierten Organisationen durch kritische Fragen oder Informationen zu Impfnebenwirkungen zu stören.

Zwar haben das Paul-Ehrlich-Institut und der Dachverband der BKK zugesagt, ihre Daten zu Krankendaten und Krankmeldungen nach Impfnebenwirkungen analysieren zu wollen, es steht jedoch zu befürchten, dass die Nebenwirkungen unter den Teppich gekehrt werden, um das lukrative Impfgeschäft und die Einführung der digitalen Totalüberwachung nicht zu gefährden.

Der Autor Milosz Matuschek hat die aktuelle Situation sehr trefflich zusammengefasst:

„Wir kommen nun in das seltsame Stadium, in welchem Politik und Medien die angeblich 'nebenwirkungsfreien' Impfungen noch bewerben, während die Walze der Aufarbeitung mit Meldungen über Verletzte und Tote immer näher kommt. Dies ist der Zeitpunkt, an dem man im Grunde nur noch warten und darüber staunen kann, wie lange es wohl braucht, bis bei den Beteiligten der Groschen fällt.“ (8)

Gewinne mit Corona-Impfstoff größer als beim Drogenhandel

Die Nichtregierungsorganisation Oxfam macht darauf aufmerksam, dass die drei Pharma-Konzerne Pfizer, BioNTech und Moderna mit ihren Impfstoffen jede Sekunde etwa 1.000 US-Dollar Gewinn – das sind fast 100 Millionen pro Tag – verdienen. Wenig bekannt ist allerdings, dass sie für die mRNA-Forschung und den Bau von Produktionsanlagen öffentliche Mittel in Höhe von über acht Milliarden US-Dollar erhalten haben. Das sind Steuergelder. Streng genommen gehören die damit erzielten Forschungsergebnisse in staatliche Hände, denn die Forschung wurde von den Bürgern

Gesundheit ist keine Ware

Angesichts dieser riesigen Profitmargen ist es erklärlich, dass diese so wundersam sprudelnde Geldquelle für Konzerne nicht versiegen darf und unendlich weiterfließen soll. Um nachhaltige Gesundheitssysteme mit einer Gesundheitsprävention aufzubauen, die statt einer pharmazentrischen Apparatedizin den Menschen in den Mittelpunkt stellt, müssten derartig exorbitante Profite durch Steuern abgeschöpft werden und der Daseinsvorsorge für die Allgemeinheit, zum Beispiel Krankenhäusern, zugutekommen. Mit solchen Finanzmitteln ausgestattet könnten kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Ärztinnen und Ärzte, die in den letzten zwei Jahren auf zahlreiche problematische Aspekte bei der Bekämpfung des Coronavirus hingewiesen haben, entsprechende Studien durchführen. Es ist skandalös, dass entsprechende Bemühungen behindert und auch verhindert wurden. Ebenso skandalös ist, dass viele dieser mutigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Ärztinnen und Ärzte in unglaublicher Weise diffamiert und mundtot gemacht wurden, sogar ihre berufliche Existenz verloren haben.

Es war ein Fehler, die Forschung in die Hände der Wirtschaft zu geben. Es müssen unbedingt ausreichende Finanzmittel für erforderliche interdisziplinäre Forschung bereitgestellt werden. Dieses Geld darf auf keinen Fall über Drittmittel eingeworben werden, die dann womöglich großzügig von der Pharmaindustrie kommen.

Damit würde der Bock zum Gärtner gemacht, und eine unabhängige Forschung wäre ad absurdum geführt.

Widerstand ist eine demokratische Pflicht

Auch wenn Kritikerinnen und Kritiker der repressiven Corona-Maßnahmen sehr schnell in die politisch rechte Ecke gestellt und als Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Covidioten und dergleichen mehr diffamiert wurden, konnten damit Kritik und Widerstand gegen diese Maßnahmen und insbesondere gegen die Impfpflicht nicht unterdrückt werden. Auf 70 Seiten hat eine Gruppe von 81 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine These ausgearbeitet, die besagt, dass eine Corona-Impfpflicht verfassungswidrig sei. Die Verfasser des Briefes kommen zu dem Schluss: „Die Impfpflicht ist weder geeignet noch erforderlich noch angemessen, um die Zahl der schweren Erkrankungen effektiv zu senken und eine signifikante Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern, und nicht angemessen aufgrund eines hohen Risikopotentials.“

Darüber hinaus betonen sie: „Die gemeldeten Nebenwirkungen gegenüber anderen Impfungen sind enorm.“ Ihr Fazit: „Eine Impfpflicht ist nicht erforderlich, nicht angemessen und damit verfassungswidrig.“ (10) Hoffentlich nehmen sich die Abgeordneten die Zeit und befassen sich mit den zahlreichen wissenschaftlichen Hinweisen auf die vielfältige Problematik der Impfpflicht und lehnen sie im Bundestag ab.

Auch wenn derzeit der Krieg in der Ukraine im Fokus der Medienaufmerksamkeit liegt, dürfen die Kontroversen um die Corona-Maßnahmen und die mit der Impfpflicht verbundenen Überwachungsmechanismen in der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht ins Hintertreffen geraten.

Im Gegenteil, der Widerstand dagegen muss wachsen, wenn wir den Rest Demokratie noch retten wollen. Dazu ist die Vernetzung der

verschiedenen Gruppen und Organisationen auch auf europäischer und globaler Ebene notwendig. Und vor allem müssen die Bürger ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen. Jeder einzelne EU-Bürger und jede einzelne EU-Bürgerin kann ganz einfach einen Beitrag dazu leisten. Die Europäische Kommission selbst ruft sogar die EU-Bürgerinnen und -Bürger dazu auf, ihre Meinung zur geplanten Verlängerung des COVID-Zertifikats zu äußern. In einem Freifeld sollen Bedenken und Widerspruch zum Ausdruck gebracht werden. Einfach erklärt wird das [hier](https://1bis19.de/politik/eu-plant-verlaengerung-des-covid-zertifikats/) (<https://1bis19.de/politik/eu-plant-verlaengerung-des-covid-zertifikats/>).

Es ist geplant, die EU-Verordnung 2021/953, welche „die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate zur Bescheinigung von COVID-19-Impfungen und -Tests sowie die Genesung von einer COVID-19-Infektion“ regelt, um ein weiteres Jahr zu verlängern. Die EU-Bürgerinnen und -Bürger sind nun aufgefordert, sich zu diesem Vorhaben zu äußern. Die Teilnahme an dieser Befragung ist der offiziell vorgesehene Dienstweg für Einwände oder Kritik an einem Vorhaben der EU-Kommission.

Bitte nutzen Sie dieses demokratische Recht der Einflussnahme. Dies ist noch bis zum 8. April 2022 möglich. Das demokratische Instrument der Bürgerbefragung kann nur dann ein wirksames Mittel für eine europäische Identität und die Legitimität der europäischen Politik sein, wenn es bekannt gemacht und genutzt wird.

Nur wenn die EU-Kommission die Bedenken der Bürger und Bürgerinnen ernst nimmt und ihre Einwände in der EU-Gesetzgebung berücksichtigt, können diese langsam Vertrauen in die europäischen Institutionen entwickeln.

Obwohl wir in einer Demokratie leben, werden immer mehr zentrale politische Themen hinter verschlossenen Türen verhandelt, die anschließend in die jeweils nationale Gesetzgebung einfließen. Nach wie vor erarbeiten technokratische Beamte unter dem starken Einfluss der Lobbyisten Verträge, abgeschirmt von der Öffentlichkeit und ohne jegliche öffentliche Diskussion. Umso wichtiger ist es, dass EU-Bürgerinnen und -Bürger mehr Einfluss auf die Brüsseler Politik nehmen und die wenigen demokratischen Möglichkeiten nutzen, die ihnen geboten werden.

Das ist vor allem deshalb wichtig, weil die politischen Entscheidungsträger hierzulande bei umstrittenen Entscheidungen gern ihre Hände in Unschuld waschen und auf Brüssel verweisen, wenn unpopuläre Maßnahmen anstehen. EU-Bürgerinnen und -Bürger werden häufig mit politischen Entscheidungen konfrontiert, die gegen die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung getroffen worden sind. Dabei werden die EU-Bürgerinnen und -Bürger sogar explizit aufgefordert, ihre Meinung zu dem Vorhaben zu äußern. Angesichts der enormen Demokratie-Defizite im EU-Konstrukt ist diese Aufforderung eine Steilvorlage, um gegen die geplante Verlängerung des digitalen COVID-Zertifikats der EU demokratisch zu argumentieren und sie abzulehnen.

Bitte nehmen Sie sich ein paar Minuten Zeit für diese wichtige demokratische **Meinungsbefragung**

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13375-Verlangerung-der-Verordnung-uber-das-digitale-COVID-Zertifikat-der-EU_de).

Eine weitere Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme wäre ein Brief direkt an Ihren Bundestagsabgeordneten beziehungsweise Ihre Bundestagsabgeordnete, wie es der ehemalige LKA-Präsident von Thüringen, Uwe G. Kranz demonstriert **hat** (<https://alschner-klartext.de/2022/03/10/offener-brief-an-alle-mitglieder-des-bundestages/>).

Quellen und Anmerkungen:

(1)

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/>

(<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/>)

(2) <https://report24.news/wissenschaftsinitiative-warnt-vor-pandemievertrag-who-hebelt-verfassung-der-laender-aus/>

(<https://report24.news/wissenschaftsinitiative-warnt-vor-pandemievertrag-who-hebelt-verfassung-der-laender-aus/>)

(3) <https://technoguru.istocks.club/smart-health-card-vs-digital-vaccination-passport-was-ist-der-grosse-unterschied/2021-02-14/>

(<https://technoguru.istocks.club/smart-health-card-vs-digital-vaccination-passport-was-ist-der-grosse-unterschied/2021-02-14/>)

(4) <https://ansage.org/sieh-an-who-und-telekom-tochter-basteln-an-globalem-impfregister/> (<https://ansage.org/sieh-an-who-und-telekom-tochter-basteln-an-globalem-impfregister/>)

(5)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw04-de-registermodernisierung-818730>

(<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw04-de-registermodernisierung-818730>),

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/242/1924226.pdf>

(<https://dserver.bundestag.de/btd/19/242/1924226.pdf>)

(6) <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/gewerkschaft-der-polizei-will-keine-impfpflicht-mehr-fuer-ihre-mitarbeiter-li.214389> ([https://www.berliner-](https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/gewerkschaft-der-polizei-will-keine-impfpflicht-mehr-fuer-ihre-mitarbeiter-li.214389)

[zeitung.de/mensch-metropole/gewerkschaft-der-polizei-will-keine-impfpflicht-mehr-fuer-ihre-mitarbeiter-li.214389\)](https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/gewerkschaft-der-polizei-will-keine-impfpflicht-mehr-fuer-ihre-mitarbeiter-li.214389)

(7) <https://bkk-provita.de/wp-content/uploads/2022/02/Paul-Ehrlich-Institut-Presseinformation-Impfnebenwirkungen-nach-Corona-Impfung.pdf> (<https://bkk-provita.de/wp-content/uploads/2022/02/Paul-Ehrlich-Institut-Presseinformation-Impfnebenwirkungen-nach-Corona-Impfung.pdf>)

(8) <https://www.freischwebende-intelligenz.org/p/verschwoerungderdummen?s=r> (<https://www.freischwebende-intelligenz.org/p/verschwoerungderdummen?s=r>)

(9) <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2021-11-16-profit-weltgesundheit-1000-dollar-gewinn-pro-sekunde-pfizer> (<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2021-11-16-profit-weltgesundheit-1000-dollar-gewinn-pro-sekunde-pfizer>)

(10) <https://www.berliner-zeitung.de/news/wissenschaftler-darum-ist-die-impfpflicht-verfassungswidrig-li.216116> (<https://www.berliner-zeitung.de/news/wissenschaftler-darum-ist-die-impfpflicht-verfassungswidrig-li.216116>)

https://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/220311-Wissenschaftlergruppe_Impfpflicht-ist-verfassungswidrig.pdf (https://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/220311-Wissenschaftlergruppe_Impfpflicht-ist-verfassungswidrig.pdf)



Christine Wicht ist Betriebswirtin und lebt als freie Autorin in München.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.